

Leo war der soziale Papst auch nicht von ungefähr geworden. Ein arbeitsreiches Leben hatte ihn darauf vorbereitet. Geboren als Sohn des Herrenfizes von Carpineto, wuchs er auf unter den einfachen Menschen in der kernigen, gesunden Luft seiner Volksberge. Seine Tätigkeit als Verwaltungsbeamter in Benevent und Perugia, wofür er z. B. eine Sparkasse mit öffentlicher Unterstützung ins Leben rief, gab ihm weitere Einblicke in die Lage des Volkes. Als Höhepunkt der sozialpolitischen Schulung Leos darf wohl die Zeit seiner Nuntiaturs in Brüssel 1843—1846 bezeichnet werden. Dort sah er das Volk des hochgewerblichen Belgiens, dort verkehrte er viel in den von frischstem Geist erfüllten, eben aufgeblühten Vinzenzkonferenzen. Sein Weg führte ihn von dort nach London und Paris, nach Köln zu Kardinal Geißel. So lernte er den englisch-französischen Industrialismus, den liberalen Gedankenkreis, der ihn erzeugt hatte, wie die sozialreformerischen Ideen, die aus ihm selbst hervorgingen, unmittelbar kennen. Als Kardinalerzbischof von Perugia hatte er durch ein ganzes Menschenalter (1846—1878) Zeit genug, diese Anregungen weiter zu verfolgen, in sich aufzunehmen und zu verarbeiten. Die letzten Hirtenschreiben als Erzbischof über das Christentum und die Zivilisation bilden den Abschluß dieser Periode.

Ausgerüstet mit der Erfahrung von zwei Menschenaltern, mit der Kenntnis und dem Erlebnis der ersten Entwicklungsperiode des sozialen Kampfes, trat Joachim Pecci als Leo XIII. sein Pontifikat an. Es war die Zeit, da ein neuer Abschnitt in der Lösung der sozialen Frage anbrach. Wir können ihn wohl als den deutschen bezeichnen, da das Deutsche Reich erst so recht in die Reihen der Industriestaaten eintrat und in seiner staatlichen Sozialpolitik ganz neue Wege betrat. Leo, der stets so warm für das Zusammengehen der „Zivilisation“ und der Religion, das Zusammenarbeiten von Staat und Kirche überall, auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege eintrat, fand deshalb gerade in Deutschland hervorragendes Verständnis und freudige Aufnahme seiner sozialen Ziele.

Nicht umsonst hat darum die Gestalt des Arbeiters, die im Hof der Lateranbasilika in Rom an die soziale Tätigkeit Leos erinnern soll, deutsche Züge angenommen. Dem deutschen katholischen Arbeiter hat Leo unzweifelhaft am meisten gegeben. Aber durch ihn hat er unserem ganzen Volke Wertvollstes vermittelt. Ein gut Teil unserer Einigkeit in schwerer Zeit haben wir ihm zu danken.

Konstantin Koppel S. J.

Die Bevölkerungsfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Schon vor Ausbruch des großen Krieges war beim Deutschen Reichstag ein von mehr als 200 Abgeordneten verschiedener Parteirichtungen unterzeichneter Antrag eingebracht worden, der durch Beschränkung des Handels mit antikonzeptionellen Mitteln dem Geburtenrückgang Einhalt zu tun bezweckte. Durch vorzeitigen Schluß der Session wurde die Besprechung dieses Antrages damals leider verhindert und die Zeitereignisse waren einer Wiedereinbringung desselben beim Reichstag bisher nicht günstig. Die Dringlichkeit des Gegenstandes veranlaßte aber den Abgeordneten Professor Faßbender, dem Preussischen Landtag in der gleichen Sache den folgenden Antrag vorzulegen:

„Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, bei dem Bundesrat dahin zu wirken, daß derselbe dem Reichstag möglichst bald einen Gesetzentwurf vorlegen möge, durch welchen der Bundesrat ermächtigt wird, nicht allein jedes unaufgefordert an das Publikum sich herandrängende Anbieten und Anpreisen durch Kataloge, Drucksachen, Hausieren usw., sondern auch das Feilhalten und den Vertrieb von Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft oder zur Verhütung der Empfängnis geeignet sind, zu beschränken oder zu untersagen, wie auch alle nur für das Laienpublikum bestimmten Schriften und Bücher, in welchen sich Beschreibungen und Besprechungen der antikonzeptionellen und zur Unterbrechung der Schwangerschaft geeignete Methoden und Mittel finden, zu verbieten.“

Dieser Antrag wurde vom Preussischen Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit angenommen, nachdem zuvor in der Kommission und in zwei Sitzungen am 24. und 25. Februar 1916 eine sehr gründliche Besprechung des gesamten Problems des Geburtenrückganges stattgefunden hatte. Die ganze Debatte und die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden des Regierungskommissars, Geh. Obermedizinalrats Dr. Krohne, und der Abgeordneten Frhrn. Schenk zu Schweinsberg, Dr. Faßbender und Dr. Lohmann waren von so hohem sittlichen Ernst getragen und zeugten von so tiefem Verständnis dieser Frage, daß eine wortgetreue Wiedergabe der gesamten Verhandlungen in einer eigenen Schrift einen Ehrenplatz unter den zahlreichen Veröffentlichungen über die Geburtenfrage einnehmen würde. Die Berichte über die Verhandlungen in der Presse waren leider meist viel zu kurz und zu ungenau, um die Bedeutung jener denkwürdigen Sitzung genügend hervortreten zu lassen. Es soll daher an der Hand des stenographischen Berichtes im folgenden versucht werden, einige Feststellungen und Momente von bleibender Bedeutung aus jenen Verhandlungen hervorzuheben.

Sehr erfreulich ist zunächst die Tatsache, die sich sowohl aus den Äußerungen der Regierungsvertreter als aus denjenigen der Abgeordneten ergibt, daß man allgemein von der ungeheuern Tragweite durchdrungen war, die die Bevölkerungsfrage für die ganze Zukunft unseres Volkes besitzt. Der Minister v. Loebeß bezeichnete das Geburtenproblem als die Frage der Zukunft, und Dr. Faßbender sagte sehr treffend, es handle sich bei dieser Frage nicht um ein Problem, sondern um das Problem. Dr. Krohne meinte sogar, die Lösung dieser Frage werde vielleicht einmal darüber entscheiden, welche Stellung Deutschland in Zukunft im Rate der Völker einnehmen werde.

Die auf reichem Tatsachenmaterial fußende Rede des Regierungskommissars Dr. Krohne gibt zunächst in knappen Zügen ein Bild des Rückganges der Geburtenziffer. Im 19. Jahrhundert schwankte die Geburtenziffer zwischen 35 und 40 Lebendgeburten auf je 1000 Einwohner. Den Höchststand erreichte sie im Jahre 1876 mit 40,9 und sank dann allmählich wieder bis 35 zur Zeit der Jahrhundertwende. Dann erfolgt ein rapider Absturz bis auf 27 in einem Zeitraum von 12—13 Jahren. Die Abnahme war dreimal so stark wie in den vorhergehenden 25 Jahren und schneller als bei irgendeinem andern Kultur-

voll. Selbst Frankreich hat für die gleiche Abnahme der Geburtenziffer von 8 auf 1000, die bei uns in 12 Jahren vor sich ging, 70 Jahre gebraucht. Wäre die Geburtenziffer durchschnittlich die gleiche geblieben, wie im Jahre 1900, so hätten wir jetzt jährlich 560 000 Geburten mehr und die Bevölkerung des Deutschen Reiches würde sich auf 70—71 Millionen, statt auf 68 Millionen belaufen. Die Sterblichkeit hat allerdings auch sehr bedeutend abgenommen, aber seit 1900 doch nur um 4,4 gegenüber einer Abnahme der Geburten um (genau) 7,7 auf 1000. Die Geburtenziffer ist also um 75 % rascher gesunken als die Sterbeziffer, die zudem naturgemäß eine Grenze hat, während die Geburtenziffer immer weiter sinken und darum zu einer positiven Verminderung der Bevölkerung führen kann, wie das in Frankreich bereits geschehen ist und nach dem Kriege zweifellos in noch viel weiterem Umfange geschehen wird. Der Redner wies auch hin auf das alte Rom, wo die Kinderzahl zur Kaiserzeit derart gesunken war, daß es nur noch den vierten Teil an wehrfähigen Mannschaften ins Feld führen konnte, die es zur Zeit der Punischen Kriege aufgebracht hatte, und darum dem Ansturm der Germanen erlag.

Das sind die Tatsachen, und welches sind die Ursachen des Geburtenrückganges? Nicht Rassenverschlechterung. Schon die Abnahme der Sterblichkeit spricht gegen die Annahme einer Rassenverschlechterung beim deutschen Volke, mehr aber noch die ungeheuern Leistungen, die es im gegenwärtigen Kriege zuflande gebracht hat. Auch die nur geringfügige prozentuale Abnahme der Eheschließungen kann nicht zur Erklärung herangezogen werden, da die absolute Zahl der Eheschließungen von 1900—1913 um 34 000 zugenommen, die absolute Zahl der Geburten aber im gleichen Zeitraum um 166 000 abgenommen hat. Ebensovienig hängt die Geburtenverminderung mit einer Zunahme des Alkoholismus zusammen. Denn, so bedauerlich auch der übermäßige Alkoholgenuß in Deutschland immer noch ist, eine Steigerung hat in den letzten Jahrzehnten nicht stattgefunden, sondern im Gegenteil eine Abnahme. Selbst die Geschlechtskrankheiten, deren unheilvolle Wirkung auf die Zeugungsfähigkeit nicht zu bestreiten ist, können die gerade seit der Jahrhundertwende eingetretene große Geburtenverminderung nicht erklären. Der durch Geschlechtskrankheiten verursachte Ausfall an Geburten in Deutschland wird von Fachärzten auf jährlich 200 000 geschätzt. Aber dieselben Fachärzte versichern, daß seit 1900 keine Zunahme der Geschlechtskrankheiten bemerkbar, sondern anscheinend eine Abnahme eingetreten sei. Wirtschaftliche Ursachen, die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, namentlich die Wohnungssteuerung, haben zweifellos die Geburtenbeschränkung begünstigt. Stellt man aber die Frage so, ob nur wirtschaftliche Ursachen die Geburtenverminderung veranlaßt haben, so ist sie entschieden zu verneinen. Wohl sind die Wohnungen und alle Lebensverhältnisse in den drei letzten Jahrzehnten erheblich teurer geworden, die Lebensmittel um ungefähr 30 %. Aber auch Einkommen, Gehälter und vor allem Arbeitslöhne sind gestiegen, zum Teil um 50 % oder noch mehr. Der gesamte Volkswohlstand hat in den letzten Jahrzehnten ganz außerordentlich zugenommen, und mit diesem wachsenden Wohlstand

sind gewisse unerfreuliche Erscheinungen zutage getreten, die sich nach dem Zeugnis der Geschichte auch sonst gezeigt haben, wenn Völker in kurzer Zeit zu großem Wohlstand gelangt sind. Luxus und Wohlleben haben eine Ummwälzung in den Anschauungen über Ehe und Kindersegen hervorgerufen, so daß die Kinder nicht mehr als ein Segen Gottes, sondern in weiten Kreisen, namentlich auch unter der Frauenwelt, als eine Last empfunden werden, der man sich möglichst zu entziehen sucht.

In dieser Unlust zur Kindererzeugung, in der Verkennung der höchsten sittlichen Bestimmung der Ehe, der Fortpflanzung unseres Geschlechtes und der Aufzucht von tüchtigen Kindern, liegt der tiefste Grund des Geburtenrückganges. Bei solcher Stimmung der Bevölkerung ist es denn begreiflich, daß der Handel mit antikonzeptionellen Mitteln sich bei uns, wie Dr. Krohne mit Recht sagte, zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen hat. Die Sache liegt nach den dem Ministerium vorliegenden Berichten schon nicht mehr so, daß man solche Gegenstände nur in verschiedenen kleinen Winkelgeschäften kaufen kann; nein, bis in die entlegensten Dörfer kommen Geschäftsreisende solcher Firmen und drängen den Leuten diese Gegenstände förmlich auf. Dazu kommt das erschreckende Umsichgreifen der Verbrechen gegen das keimende Leben. Dr. Krohne hat darüber keine konkreten Zahlenangaben gemacht, und es liegt ja auch in der Natur der Sache, daß genaue statistische Feststellungen auf diesem Gebiete nicht möglich sind. Es möge aber hier eine Stelle aus der Rede des konservativen Abgeordneten Freiherrn Schenk zu Schweinsberg Platz finden, die sich mit diesem Gegenstande beschäftigt¹:

„Als unser Referent mitteilte, daß in der Kommission von seiten der Staatsregierung die Mitteilung gemacht worden sei, daß die Zahl der Abtreibungen in einem Jahre die Rekordziffer von mehreren Hunderttausend erreicht hat, da hieß es allgemein: er müsse sich verhört haben; es sei undenkbar, daß eine so gewaltige Zahl der Abtreibungen erreicht worden sei, die zur Kenntnis der Kriminalbehörden oder Verwaltungsbehörden gekommen sei. Als der Referent versicherte, es sei trotzdem so, und mitteilte, das gleiche Entsetzen habe auch die Kommission erfaßt, als der Vertreter der Staatsregierung bei seinen Angaben geblieben sei, da wurde es still im Saal; denn wir sahen, wie in den blühenden Zügen unseres Vaterlandes sich bereits Züge einstellen, die deutlich den Stempel des Niederganges zeigen. Wir erhoffen von der Wirkung auch dieses Krieges, daß unser Volk sich besinnen wird auf sich selbst und auf seinen Gott, um solchem Unwesen entgegenzutreten; denn wenn eine solche gewaltige Zahl zur Kenntnis der Behörden gekommen ist, wie groß muß dann die Zahl der nicht erfaßten heimlichen Sünden gewesen sein, die auch auf diesem Gebiete liegen. Damit opfern wir, opfert unser Volk dem Moloch viele Blüten seiner Jugendkraft. Wenn ein Volk nicht imstande ist, das keimende Leben zu schützen, sondern das keimende Leben in solcher gewaltigen Zahl der Vernichtung preisgibt, dann kann es die Rolle unter den Staaten der Welt auf die Dauer nicht mehr behaupten,

¹ Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten. 22. Legislaturperiode. 3. Session. 16. Sitzung. Amtlicher stenographischer Bericht Sp. 1018.

die wir für Deutschland in Anspruch nehmen und in Anspruch nehmen müssen. Ich muß Sie bitten, einen Augenblick von diesen Zuständen hinwegzusehen und mich im Geiste auf unsere Schlachtfelder hinauszubegleiten. Ich weiß nicht, wie groß die Zahl der Verluste ist, die uns der Krieg an Toten und Verwundeten gebracht hat, — von dem Feinde und auch wohl im Inlande ist schätzungsweise die Verlustziffer auf annähernd eine halbe Million angegeben, — ob das zutrifft, ob es nicht zutrifft, vermag ich nicht zu entscheiden. Aber angenommen, es träfe die Zahl zu, dann machen Sie sich einmal klar, was hier unserem Volke vor Augen geführt wird. Wenn der Todesengel durch die Reihen unserer Krieger geht, wenn Gott von uns das Opfer einer halben Million junger Söhne unseres Vaterlandes fordert, dann steht das in gar keinem Verhältnis zu den Opfern, die das deutsche Volk seiner Lust oder vielleicht der Unlust seiner Frauen bringt, die nicht den Mut oder die Kraft haben, die Folgen einer Schwangerschaft auf sich zu nehmen, nicht austragen wollen, was Gott in ihrem Schoße werden läßt, nicht zur vollen Erscheinung ausreifen lassen, was ihren Segen und den Segen des Vaterlandes darstellt.“

Als Mittel zur Eindämmung des Geburtenrückganges und Vermehrung der Bevölkerungsziffer wurden neben der religiös-sittlichen Einwirkung und dem oben erwähnten Antrag die auch in unserem früheren Artikel angeführten Maßnahmen¹ empfohlen: Verminderung der Säuglingssterblichkeit, Regelung des Haltelinderwesens, Bekämpfung der Tuberkulose, Seuchen und Geschlechtskrankheiten, Erleichterung der Eheschließung, Wohnungsfürsorge, Sonderbesteuerung lediger, geringere Besoldung kinderarmer Beamten, Unterstützung kinderreicher Familien usw. Es sei aus den Verhandlungen noch hervorgehoben, daß die gegen das Verbot des Handels mit antikonzeptionellen Mitteln erhobene Einwendung, es würde durch diese Maßnahme die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten vermehrt werden, mit dem Hinweis widerlegt wurde, daß es nach Versicherung von Fachleuten antiseptische Mittel gibt, welche die Übertragung von Geschlechtskrankheiten verhindert, ohne die Empfängnis zu verhüten.

Vor allem müssen wir aber auf einen zweiten Antrag Professor Faßbenders hinweisen, der im Hinblick auf den Geburtenrückgang eine Reform des Beamtenwesens verlangt. Bisher war es leider vielfach so, daß Kinderreichtum bei sonst gleicher Befähigung nicht als Empfehlung, sondern als Hindernis bei Übertragung mancher Posten angesehen wurde, von deren Inhaber man eine gewisse Repräsentation fordern zu müssen glaubte. Diesen Übelstand will der Antrag Faßbenders beseitigen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß für eine Anstellung oder Beförderung von Beamten bei der Auswahl unter den dafür geeigneten Personen solche mit einer größeren Kinderzahl in besonderem Maße berücksichtigt werden.“

Wie zweckmäßig dieser Antrag und überhaupt eine Reform des Beamtenrechtes und der Beamtenbesoldung unter dem Gesichtspunkt des Geburtenproblems

¹ Vgl. diese Zeitschrift Bd. 90, S. 318 ff.

ist, geht aus einer amtlichen „Statistik über den Haus- und Familienstand und über die Kinderzahl der männlichen Beamten und Unterbeamten der Reichspost- und -telegraphenverwaltung“ (Reichstagsdrucksachen Nr. 703, 13. Legislaturperiode, 1. Session, 1912/13) hervor. Unter den verheirateten, verwitweten und geschiedenen Beamten dieses Ressorts hatten:

	von den höheren Beamten	von den mittleren Beamten	von den Unterbeamten
keine Kinder	19,1 %	17,7 %	13,3 %
1 Kind	27,0 „	28,0 „	23,8 „
2 Kinder	29,7 „	27,4 „	23,7 „
3 Kinder	14,8 „	14,9 „	15,5 „
4 Kinder	6,0 „	6,5 „	9,6 „
5 Kinder	2,1 „	3,0 „	6,0 „
6 und mehr Kinder	1,3 „	2,5 „	8,1 „

Also mehr als $\frac{3}{4}$ aller verheirateten höheren Beamten (75,8 %) und fast $\frac{3}{4}$ (73,1 %) der verheirateten mittleren Beamten hatten nicht mehr als 2 Kinder und nur 9,4 bzw. 12,0 % dieser Gruppen hatten mehr als 3 Kinder, während doch, um die Bevölkerungsziffer nur im Gleichgewicht zu halten, mindestens 4 Kinder im Durchschnitt auf jede Ehe erforderlich sind. Bei den Unterbeamten ist das Verhältnis etwas günstiger; aber auch bei ihnen machen die Verheirateten mit mehr als 2 Kindern bei weitem nicht die Hälfte aus, sondern etwa $\frac{2}{5}$ (39,2 %), und mehr als 3 Kinder hatten auch in dieser Gruppe nur 23,7 %.

Nun handelt es sich bei dieser Untersuchung allerdings nur um eine einzelne Kategorie von Beamten. Aber diese Kategorie umfaßt eine Gesamtzahl von 142 986 Einzelpersonen, also einen sehr ansehnlichen Bruchteil der deutschen Beamtenschaft, so daß wir mit einem gewissen Recht die hier festgestellten Verhältnisse oder wenigstens die Tatsache einer auffallend geringen Kinderzahl der Beamten als typisch für die deutschen Beamtenfamilien ansehen können. Wir sind dazu um so mehr berechtigt, als auch die umfassende Untersuchung L. Bergers über den Zusammenhang zwischen Beruf und Fruchtbarkeit in der Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes² zu dem Ergebnis geführt hat, daß die Berufsgruppe E, die außer den Offizieren und freien Berufsarten auch die gesamten öffentlichen Beamten umfaßt, die geringste eheliche Fruchtbarkeit hat (13,7 ehelich Geborene auf je 100 verheiratete erwerbstätige Männer im Jahre 1907) und die größte Verminderung der Kinderzahl im Vergleich mit der vorhergehenden Berufszählung von 1895.

Wenn man bedenkt, welche Bedeutung quantitativ und qualitativ der Berufsgruppe der öffentlichen Beamten mit Einschluß der Offiziere in dem Gesamtkörper des deutschen Volkes zukommt, so wird man zugeben müssen, daß gerade

¹ Wir zitieren nach W. Schallmayer, Beamtentum und Volksvermehrung, in der Zeitschrift „Das neue Deutschland“, Jahrgang IV (1916) 198 ff.

² Jahrgang 1912, 225 ff.

diese Gruppe bei Beurteilung des Bevölkerungsproblems eine besondere Beachtung verdient, und daß die hier offenbar vorliegenden Übelstände dringend Abhilfe erheischen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß der diesbezügliche Antrag Professor Faßbenders nicht zur Annahme gelangte, und daß auch die andern wertvollen Anregungen zur Reform des Beamtenrechtes nach bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten einen Erfolg zunächst nicht gehabt haben. Man mag vielleicht im allgemeinen auf dem Standpunkt stehen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für einschneidende gesetzgeberische Reformen nicht geeignet sei, in der Bevölkerungsfrage aber kann jeder Aufschub in der Anwendung der Heilmittel die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen. Jedenfalls aber ist es wünschenswert, daß man sich schon jetzt eingehend mit der Frage der Reform der Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse der Beamten beschäftigt, damit man gegebenenfalls gleich mit fertigen Vorschlägen auftreten könne. Wir wollen daher im Anschluß an die bei den Landtagsverhandlungen gegebenen Anregungen im folgenden kurz auseinanderlegen, was in dieser Beziehung bisher in Vorschlag gebracht ist.

Ein Hauptgrund der geringen Kinderzahl der Beamtenfamilien ist der späte Eheschließungstermin, namentlich bei den höheren Beamten. In der Altersklasse von 30 bis 35 Jahren waren von ihnen (nach Schallmayer a. a. O. S. 199) noch 32,8 % ledig, in der Altersklasse 35—40 noch 25,0 %; dagegen in der Altersklasse 60—65 nur noch 2,3 %. Also mehr als 20 % der höheren Beamten treten erst von 40 bis 60 Jahren in die Ehe. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die Möglichkeit der Aufzucht einer größeren Kinderzahl bedeutend herabgemindert wird. Dies späte Heiratsalter wird aber veranlaßt durch die lange unbefoldete Vorbereitungszeit, die Geringfügigkeit des Anfangsgehaltes und das langsame Ansteigen des Gehaltes mit fortschreitendem Alter. Hier müßte also zunächst die Reform einsetzen, indem, wie bei andern Berufsarten, so auch bei den Beamten, jede Berufstätigkeit, auch diejenige, bei der man noch nicht die volle Fachausbildung sich erworben hat, entsprechend entlohnt wird. Sodann müßte schon bei der ersten Übertragung eines Amtes das Anfangsgehalt des verheirateten Beamten so bemessen sein, daß er davon bei bescheidenen Ansprüchen mit einer Familie leben kann. Überhaupt bietet gerade das in den meisten deutschen Bundesstaaten bestehende Beamtenbefoldungssystem, nach dem nicht ein fester Einheitsgehalt für alle Beamten der gleichen Kategorie, sondern ein mit zunehmender Amtsdauer — stark — in manchen Fällen bis auf das Doppelte — ansteigendes Gehalt festgesetzt ist, die beste und einfachste Handhabe zu einer Abstufung des Gehaltes nach bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten. Es muß also für jeden Posten ein Grundgehalt angesetzt werden, auf das jeder Amtsinhaber, auch der unverheiratete, einen Rechtsanspruch hat, und das für den Unterhalt eines einzelnen ausreichend ist. Der verheiratete Beamte müßte dann ohne Rücksicht auf seine Amtsdauer eine beträchtliche Zulage erhalten, die mit jedem hinzukommenden Kind entsprechend wächst bis zu der gesetzlich normierten Höchstgrenze. Dann würde ganz gewiß die Neigung zur Kleinhaltung der Familie bedeutend verringert werden. Man kann auch — vorausgesetzt, daß die er-

worbenen Rechte der gegenwärtig schon im Amt befindlichen Beamten unangefastet bleiben, — nicht behaupten, daß in dieser Regulierung eine Unbilligkeit gegen die unverheirateten Beamten liege, da sie ja ein auskömmliches Gehalt erhalten. Wenn dann auch der Wohnungsgeldzuschuß nicht bloß nach der Ortsgrößtenklasse, sondern auch nach der Kinderzahl abgestuft und, wie der Antrag Fassbender vorschlägt, bei sonst gleicher Tüchtigkeit den kinderreichen Beamten ein gewisses Vorzugsrecht eingeräumt wird, so sind damit die Schwierigkeiten, unter denen jetzt kinderreiche Beamtenfamilien zu leiden haben, zum größten Teil ausgeglichen. Es ist auch wohl anzunehmen, daß bei wachsendem Verständnis für die Bedeutung der Bevölkerungsfrage das Beispiel des Staates und der Gemeinden in Privatbetrieben Nachahmung findet und so für das ganze Heer der Festbesoldeten erträglichere Zustände herbeigeführt werden.

Hermann A. Krose S. J.

Die deutsche Kultur und die deutschen Bischöfe.

In der englischen Wochenschrift *The Tablet* vom 18. März 1916 S. 362 wird von dem, was Engländer und Franzosen unter „deutscher Kultur“ verstehen, ein Bild entworfen, das wir deswegen nicht unbeachtet lassen können, weil die Schilderung einem katholischen Bischof in den Mund gelegt wird, und weil diese Kennzeichnung der deutschen Kultur als wörtliches Zitat aus dem gemeinsamen Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe „an der Wende der Kriegsjahre 1914 und 1915“ (datiert vom 3. Advents Sonntag 1914, in den Kirchen verlesen am 27. Dezember 1914) ausgegeben wird. Ob der Erzbischof von Liverpool wirklich die Sätze so geäußert hat, wie das *Tablet* sie ihm zuschiebt, und auf welche Quelle er sich in diesem Falle berufen kann, vermögen wir nicht näher zu prüfen; wir haben es hier einzig mit dem genannten Blatt zu tun, das so weit verbreitet ist und so bedeutendes Ansehen genießt, daß seine ganz unrichtige Darstellung gebieterisch eine Antwort verlangt, wenn sie nicht Ärgernis und Schaden anrichten soll.

Um eine unanfechtbare Feststellung des Sachverhalts möglich zu machen, stellen wir die Worte des *Tablet* in möglichst genauer Übersetzung und den Text des angezogenen Hirtenbriefes untereinander.

The Tablet (18. 3. 1916):

„Der Erzbischof von Liverpool stellt in seinem jüngst veröffentlichten Bericht über die kirchlichen Erziehungsgelder die große Streitfrage des Krieges mit bewundernswerter Klarheit und Kürze dar: „Der gegenwärtige Heilige Vater hat ausgesprochen, es würde zur Klärung der Luft beitragen und vielleicht die ersten Schritte zum Frieden möglich machen, wenn beide kämpfenden Teile sagen wollten, wofür sie eigentlich Krieg führen. Das Britische Reich hat wieder und wieder erklärt, daß sein Ziel sei, Krieg zu führen gegen den Krieg. Wir kämpfen gegen den deutschen Militarismus, einen Militarismus, der mit Hintansetzung des durch völkerrechtliche Verträge geschützten Rechts der kleinen Nationen entschlossen ist, die Grenzen des Deutschen Reiches auszudehnen und der seinen